

5.4. Der antifaschistische Widerstandskampf bis zur Brüsseler Parteikonferenz der KPD

5.4.1. Die neuen Aufgaben und Methoden im illegalen Kampf der KPD. Der Reichstagsbrandprozeß

Mit der Errichtung der faschistischen Diktatur, die die Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung und die Verfolgung aller friedliebenden und demokratischen Kräfte zu ihrem Programm gemacht hatte, entstand eine neue Lage. Die Aufgabe, diese neue Situation einzuschätzen und die sich daraus ergebenden Aufgaben festzulegen, verwirklichte das Zentralkomitee der KPD am 7. Februar 1933 auf einer Tagung im Sporthaus Ziegenhals in Zeuthen bei Berlin. Die etwa 40 Teilnehmer der illegalen Beratung wurden unter Beachtung umfangreicher Sicherungsmaßnahmen zum Tagungsort geleitet. Von verschiedenen Treffpunkten in Berlin wurden sie zur Treptower Sternwarte geführt. Von dort aus wurden sie als Angehörige eines Sportvereins zum Tagungsort gefahren. Die Tagung wurde von drei Gruppen zuverlässiger Genossen abgesichert. Boote standen bereit, um bei Gefahr die Tagungsmitglieder über den See in Sicherheit bringen zu können.

Das Referat auf dieser Tagung hielt Ernst Thälmann. Er charakterisierte die Hitlerregierung als die offene faschistische Diktatur, als die Regierung der Monopole und Junker, als Regierung des Terrors und des imperialistischen Krieges. Gegen diese Regierung mußte, wie er sagte, der Massenkampf der Arbeiter organisiert werden. Dazu war die Ausarbeitung konkreter Forderungen, wie Sicherung des Lohnes, der Arbeitszeit und des Arbeitsplatzes, Verteidigung der demokratischen Rechte im Betrieb, notwendig, um die Arbeiterklasse einheitlich in den Kampf führen zu können.

Aus der Rede Ernst Thälmanns auf der Zeuthener Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933

„Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann, als ihren revolutionären Sturz. Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, ... als unmittelbare Aufgabe ... Worauf kommt es jetzt vor allem an? Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt.“²⁰

Diese Tagung des Zentralkomitees der KPD in Ziegenhals war die letzte, auf der Ernst Thälmann vor den Mitgliedern des Zentralkomitees und anderen leitenden Funktionären sprach. Die KPD war die einzige Partei in Deutschland, die vom ersten Tage der Hitlerherrschaft an den antifaschistischen Widerstandskampf organisierte.

Allein der Übergang der KPD in die Illegalität, einer Massenpartei mit 350 000 Mitgliedern, deren Führer und die meisten Mitglieder dem Staatsapparat seit Jahren bekannt waren, war eine der bedeutendsten Leistungen der Partei. Viele Grundorganisationen der KPD bildeten sich zu kleinen Gruppen von drei oder fünf Mitgliedern um. Diese Gruppen wurden zentral mit Hilfe von Verbindungsleuten geleitet, arbeiteten aber isoliert voneinander, um die Gefahr der Entdeckung und umfangreicher Verhaftungen herabzumindern. Das zentrale politische Führungsorgan dieses Kampfes der KPD war das Politbüro des Zentralkomitees, das aus Sicherheitsgründen seine Arbeit erst von Paris, dann von Prag und schließlich von Moskau aus leistete.

Die so in den Betrieben und Wohngebieten entstehenden KPD-Organisationen suchten alle Mittel auszunutzen, um die Rechte und Interessen der Werktätigen zu verteidigen. Erste kurze Streiks flammten auf.

²⁰ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 5, Berlin 1966, S. 446 f.

Im Zeiss-Metallwerk in Bad Kreuznach wurde damit die Freilassung eines von den Nazis verhafteten Betriebsrates erzwungen.

Im Autoreparaturwerk Pike (Stuttgart), im Betrieb Phoenix (Düsseldorf), in der Firma Plumacher (Solingen) und anderen wurde durch Aktionen der Arbeiter ein Lohnabbau verhindert.

In den Wohngebieten entwickelte sich die solidarische Hilfe für die Familien der Opfer der faschistischen Terrorherrschaft.

Aus dem Bericht der Genossin Eva Lippold über die Arbeitsweise einer Magdeburger KPD-Organisation

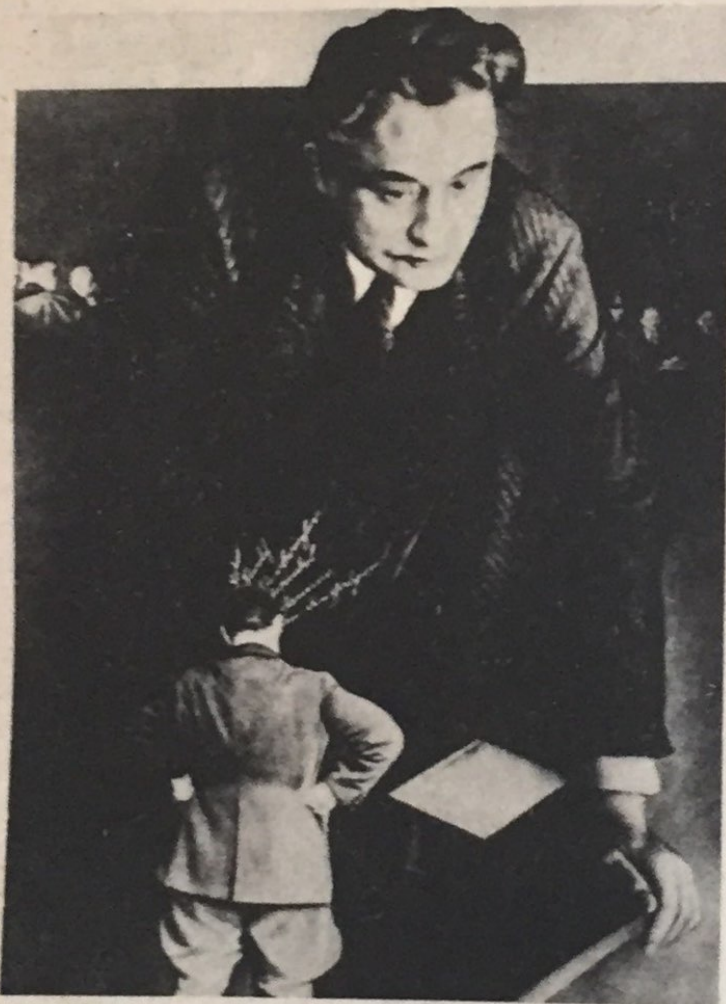
„In meiner Heimatstadt Magdeburg bestand eine Widerstandsgruppe bis zum Jahre 1936. Wöchentlich wenigstens dreimal erschien regelmäßig die Zeitung ‚Tribüne‘ (Organ der KPD). Das hört sich so einfach an. Aber wenn man bedenkt, unter welchen Verhältnissen wir lebten, dann wird man begreifen, daß das eine ungeheure, sehr viel persönlichen Mut erfordernde Leistung war, die außerdem der Hilfe unzähliger Mitarbeiter bedurfte.

Da mußten Abzugsapparate beschafft werden, da war Farbe erforderlich. Man brauchte Papier in großen Mengen, Schreibmaschinen und Wohnungen, in denen abgezogen und geschrieben werden konnte, ohne daß jemand auch nur den geringsten Verdacht schöpfte.

Abziehen, Klammern, Verteilen, alles geschah heimlich in der Nacht, in ständiger Angst vor Entdeckungen.

Da wurden Anlaufstellen benötigt, um den Kurierdienst bis in die kleinste Bezirksstelle und die Außenbezirke aufrechterhalten zu können. Jeder Beteiligte mußte todsicher und zuverlässig sein. Die ewigen Treffs auf der Straße, alles illegal, unter fremden Namen, die auf ein Stichwort oder auf das Vorzeigen eines durchgerissenen Stück Papiers hin klappen mußten. Wer das nicht miterlebt hat, macht sich keinen Begriff von den fast unübersteigbaren Schwierigkeiten, die eine solche illegale Tätigkeit unter den Augen der deutschen Gestapo mit sich brachte. So erschien unsere Zeitung drei Jahre lang, so verbreiteten wir Flugblätter, Broschüren und Handzettel. So reisten wir als Kurier, mit fremden Papieren versehen, durch ganz Deutschland. Immer die Koffer voll gefährlichen Materials, das oftmals in Doppelböden versteckt war, um zwischen den einzelnen Bezirken und Städten ausgetauscht zu werden.“

Um der kommunistischen Bewegung in Deutschland, aber auch der kommunistischen Weltbewegung einen entscheidenden Schlag versetzen zu können, organisierte die Hitlerregierung gegen die angeblichen Brandstifter des Reichstages, Marinus van der Lubbe, Ernst Torgler (Vorsitzender der KPD-Reichstagsfraktion), Georgi Dimitroff und zwei weitere bulgarische Kommunisten, einen Prozeß, der vom September bis Dezember 1933 in Berlin und Leipzig stattfand. Mit diesem *Reichstagsbrandprozeß* sollten die Kommunisten als kriminelle Verschwörer und Putschisten verunglimpft und damit alle Zwangsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und ihre revolutionären Organisationen gerechtfertigt werden. Zugleich sollte dieser Prozeß der Vorbereitung gerichtlicher Verhandlungen gegen Ernst Thälmann und die KPD dienen. Das heldenmütige Auftreten Georgi Dimitroffs machte jedoch diese Pläne zunichte. Während ihn hierbei solche Kommunisten wie Theodor Neubauer aktiv unterstützten, verriet Torgler die Partei.



„Der Richter – der Gerichtete“, Fotomontage John Heartfields zum Reichstagsbrandprozeß

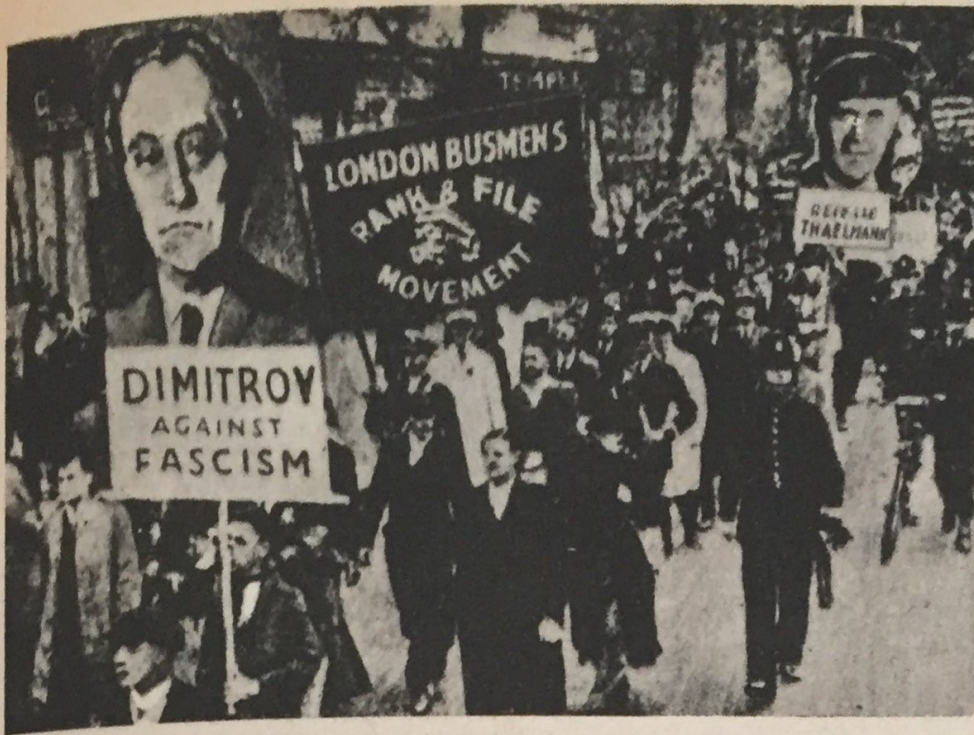
Georgi Dimitroff über seine Haft

„Am 3. April (1933 – d. Red.) begann die gerichtliche Voruntersuchung. Auf Anordnung des Richters wurden mir damals Handfesseln angelegt... Bis zum 31. August war ich Tag und Nacht ununterbrochen gefesselt... Besonders nachts drückten die Fesseln so stark, daß mir die Hände abstarben. Sie können sich nicht vorstellen, was das für das Nervensystem und die Gesundheit bedeutet. Diese Fesseln, die ständig, Tag und Nacht an den Handgelenken reiben, sind schlimmer als alle Foltern des Mittelalters und der Inquisition.“²¹

Trotz aller Quälereien und Niederträchtigkeiten der faschistischen Justiz blieb Georgi Dimitroff ungebrochen. Er verteidigte standhaft die Ehre der kommunistischen Bewegung, die mit individuellem Terror und Brandstiftung nichts gemein hat. Zeugen der Anklage wurden von ihm als Nazispitzel und Provokateure entlarvt und selbst Hermann Göring in die Enge getrieben. Zugleich führte Dimitroff den Nachweis, daß allein die Faschisten ein Interesse am Reichstagsbrand gehabt haben konnten (*siehe S. 148*). Von der Anklagebank herab umriß Georgi Dimitroff die Grundzüge der kommunistischen Taktik: „Massenarbeit, Massenkampf, Massenwiderstand, Einheitsfront, keine Abenteuer – das ist das Alpha und Omega²² der kommunistischen Taktik.“ Der deutschen Arbeiterklasse rief er in seinem Schlußwort die Worte Goethes zu: „Wer nicht Amboß sein will, der muß Hammer sein!“ Am Beispiel der Sowjetunion wies er die Perspektive dieses Kampfes, die Rolle der Arbeiterklasse als Träger des menschlichen Fortschritts und einer neuen kulturellen Blüte nach. Das Auftreten Georgi Dimitroffs belebte den antifaschistischen Widerstand in Deutschland. Vor allem der von Dimitroff formulierte Appell zur Einheitsfront der Arbeiter führte zu ersten wichtigen Ergebnissen. Die stürmische internationale Protestbewegung, die schon kurz nach der Reichstagsbrandprovokation eingesetzt hatte, erlebte während des Prozesses einen bedeutenden Aufschwung.

²¹ G. Dimitroff: Reichstagsbrandprozeß – Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen. Berlin 1960, S. 208 f.

²² Der erste und letzte Buchstabe des griechischen Alphabets, bedeutet als Redewendung soviel wie „der ganze Inhalt“.



Demonstration für die Befreiung Dimitroffs und Thälmanns in London

Mit dem Freispruch Dimitroffs und der mitangeklagten Kommunisten mußten die Faschisten eine empfindliche Niederlage einstecken. Um Dimitroff und seine Genossen vor der Rache der Faschisten zu retten, verlieh ihnen die Sowjetregierung die sowjetische Staatsbürgerschaft und forderte ihre unverzügliche Freilassung. Am Abend des 27. Februar 1934 trafen Dimitroff, Popoff und Taneff in Moskau ein.

● Warum konnte die KPD trotz des faschistischen Terrors einen organisierten Übergang in die Illegalität erreichen?

5.4.2. Im Kampf um die antifaschistische Einheits- und Volksfront

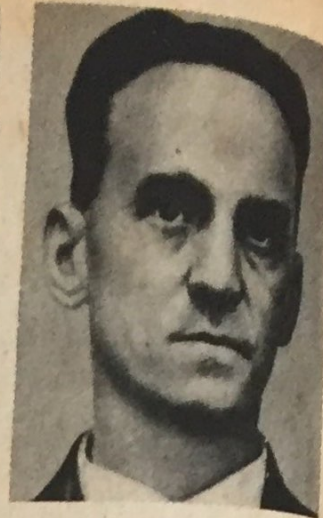
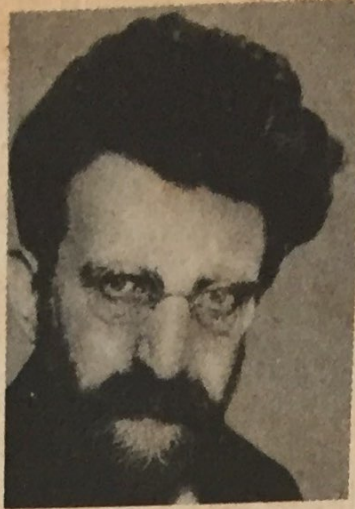
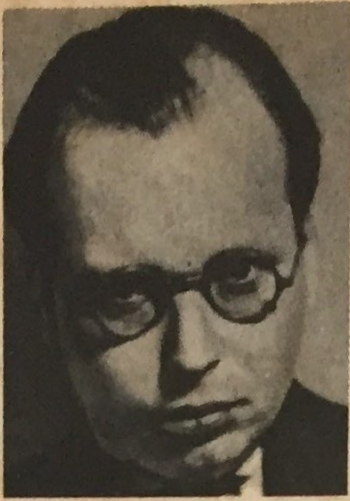
Im zweiten Halbjahr 1934 und im ersten Halbjahr 1935 konnten die antifaschistischen Kräfte, an deren Spitze die KPD stand, in ihrem Kampf um den Zusammenschluß aller Arbeiter in einer *antifaschistischen Einheitsfront* und die Gewinnung antifaschistischer Kräfte der verschiedensten Klassen und Schichten, für eine **antifaschistische Volksfront** erste Erfolge erzielen.

Ein Beispiel hierfür waren die Aktionen während der Wahlen zu den Vertrauensräten in den Betrieben am 11./12. April 1935. Entsprechend dem Vorschlag des Zentralkomitees der KPD traten Vertreter der KPD

an den Vorstand der Sozialdemokratie in Prag heran und schlugen diesem das gemeinsame Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten bei den Wahlen vor. Gemeinsam sollte versucht werden, ehemalige Gewerkschafter, Antifaschisten, in die Vertrauensräte einzubringen, um dann diese Positionen im Kampf gegen den Faschismus auszunutzen. Obwohl der sozialdemokratische Parteivorstand diese Vorschläge ablehnte, hatte der Kampf der KPD und anderer Antifaschisten zur Folge, daß über 25 Prozent der Wahlberechtigten sich gegen die Nazikandidaten aussprachen.

Im Sommer 1935 kam es in einer ganzen Anzahl von Betrieben, insbesondere im Ruhrgebiet, auf Autobahn- und Rüstungsbaustellen, zu verschiedenartigen Protestaktionen, die mitunter den Charakter von kleinen Streiks annahmen. Derartige Aktionen fanden auf mehreren Zechen des Ruhrgebietes, auf Werften in Bremen und Hamburg, im Gaswerk Berlin-Köpenick, in der Rüttgerswerke AG in Berlin-Tempelhof und in einigen Werken der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH und anderen Betrieben statt.

Im Verlauf dieser und anderer antifaschistischer Kampffaktionen kam es in verschiedenen Orten und Betrieben, trotz des Widerstandes einiger sozialdemokratischer Führer, zu gemeinsamem Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten und auch zum *Abschluß von Einheitsfrontabkommen*. So kam es in Dortmund, Mittel- und Oberbaden, im Bezirk Berlin-Brandenburg, in Schlesien zu gemeinsamen Aktionen von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern.



Antifaschisten, die von den Nazis ermordet wurden: Hans Litten, Erich Mühsam, Walter Stoecker, Fiete Schulze

Aus dem Einheitsfrontabkommen von Kommunisten und Sozialdemokraten in Dortmund, Ende 1934/Anfang 1935

„Schulter an Schulter wollen wir sozialdemokratischen, kommunistischen, parteilosen Arbeiter die kämpfende freie Gewerkschaft, diese alte und dennoch neue freie Gewerkschaft, aufbauen, auf deren Fahne wir schreiben: Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Lebensrechte, für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zum Sturz des Faschismus...“²³

Ein bedeutsamer Faktor in diesem Kampf war die Herausgabe und Verbreitung *antifaschistischer Literatur*. So erschien in diesen ersten Jahren des antifaschistischen Kampfes die „Rote Fahne“ dreimal monatlich mit je 60 000 Exemplaren. Diese Zahl steht stellvertretend für das große Heer der Helfer, deren aufopferungsvolle Arbeit, Findigkeit, Mut und revolutionäre Hingabe notwendig waren, um das Erscheinen des Zentralorgans der KPD zu sichern. Unter großen Schwierigkeiten erschienen auch Bezirkszeitungen der KPD, wie das „Ruhr-Echo“, „Thüringer Volksblatt“ sowie das illegale Organ des Kommunistischen Jugendverbandes „Die Junge Garde“. Chefredakteur dieser Zeitung war Paul Verner. Die Zeitung des KJVD widerspiegelte den Anteil der Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf. Als Funktionär im Saargebiet, an der Ruhr und in Berlin organisierte Erich

Honecker in verschiedenen Gebieten Deutschlands den Kampf der Jugend gegen den Faschismus. Die Faschisten verurteilten ihn dafür 1937 zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe.

In diesem Kampf brachte die KPD die größten Blutopfer. So waren von Januar 1933 bis Mitte 1935 von 422 führenden Funktionären der KPD 219 verhaftet und verurteilt, 24 bereits ermordet worden.

Trotz des Terrors, unter unsäglichen Schwierigkeiten, vermochte es die KPD bis Mitte 1935 ihre Reihen zu festigen und als politisch führende Kraft den Widerstand zu organisieren.

● Weisen Sie an Beispielen nach, daß schon in den ersten Monaten der faschistischen Diktatur die KPD die Hauptverantwortung und Hauptlast des Widerstandskampfes trug!

²³ W. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. II, Berlin 1953, S. 101 f.